

Bericht
des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

**zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1973
(Haushaltsgesetz 1973)**
— Drucksachen 7/250, 7/599, 7/792 —

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

**Bericht der Abgeordneten Hauser (Bonn-Bad Godesberg) und
Haase (Kassel)**

Dem Hohen Hause liegt der Entwurf des Einzelplans 14 zur Beschlußfassung vor.

Er schließt mit den durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses erfolgten Änderungen, die sich im einzelnen aus der Anlage zum mündlichen Bericht ergeben, für das Haushaltsjahr 1973 mit

Gesamteinnahmen in Höhe von 488 877 000 DM
Gesamtausgaben in Höhe von 26 423 300 900 DM
und

Verpflichtungsermächtigungen
in Höhe von 9 436 654 000 DM
ab.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Verteidigungshaushalts sah

Gesamteinnahmen in Höhe von 473 757 000 DM
Gesamtausgaben in Höhe von 26 552 730 000 DM
und

Verpflichtungsermächtigungen
in Höhe von 10 161 524 000 DM
vor.

Der Haushaltsausschuß hat die zu erwartenden Einnahmen dem neuesten Erkenntnisstand angepaßt und dabei die Ansätze von 7 Titeln um 15 120 000 DM erhöht.

Die vorgesehenen Ausgaben wurden auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit geprüft. Dabei ergab sich, daß bei einer Reihe von Titeln die von der Regierung vorgeschlagenen Ansätze reduziert werden konnten, während bei anderen Titeln die Ansätze aufgrund der inzwischen eingetretenen Entwicklung erhöht werden mußten. Der Haushaltsausschuß hat bei 85 Titeln die Ansätze um insgesamt 372 763 800 DM gekürzt und bei 22 Titeln die Ansätze um 243 334 700 DM erhöht.

Die vorgenommenen Kürzungen und Erhöhungen erstrecken sich auf alle Ausgabenbereiche. Dabei wurden insbesondere die Ansätze für die Sächlichen Verwaltungsausgaben grundsätzlich auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt, es sei denn, daß in Ausnahmefällen angesichts der bisherigen Ausgabenentwicklung Abweichungen von diesem Grundsatz erforderlich wurden. Ferner ist der Minderbedarf des Verteidigungshaushalts infolge Ände-

rung der Währungsparitäten durch entsprechende Kürzungen berücksichtigt worden.

Die vom Haushaltsausschuß für vertretbar angesehenen Änderungen des Entwurfs des Einzelplans 14 führten insgesamt zu

einer Erhöhung der Einnahmen um 15 120 000 DM und

zu einer Senkung der Ausgaben um 129 429 100 DM.

Die Ausgaben gliedern sich nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses wie folgt:

Nr. des Grupp.Plans	Ausgabenbereich	Millionen DM
4	Personalausgaben	10 905,3
51 bis 54	Sächliche Verwaltungsausgaben	2 732,7
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 560,1
	davon für Millionen DM	
551	Wehrforschung, Entwicklung, Erprobung	1 250,1
552/53	Materialerhaltung einschließlich Betrieb der Anlagen und Einrichtungen des Materialwesens	3 256,7
554	Militärische Beschaffungen	4 085,7
555 bis 559	Militärische Anlagen	967,6
6	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1 323,0
7 und 8	Ausgaben für Investitionen	720,4
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 181,8
	Gesamtausgaben	26 423,3

Zu den einzelnen Kapiteln wird bemerkt:

Kap. 14 01 — Bundesministerium der Verteidigung —

Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Gesamtausgaben erhöhen sich gegenüber 1972 um 39,0 Millionen DM. Von dem Mehrbetrag entfallen 37,2 Millionen DM auf die Personalausgaben und 2,4 Millionen DM auf die Sächlichen Verwaltungsausgaben. Die Ausgaben für Investitionen verringern sich dagegen um 0,6 Millionen DM.

Das Ansteigen der Personalausgaben ist sowohl hier als auch bei den Kapiteln 14 03, 14 04, 14 06, 14 07 und 14 21 im wesentlichen auf die finanziellen Auswirkungen des 1. Besoldungserhöhungsgesetzes vom 17. Oktober 1972 und der Tarifverträge für Arbeitnehmer vom 19. Januar 1972 zurückzuführen.

Hierfür werden 22,8 Millionen DM benötigt. Weitere 14 Millionen DM sind für Beihilfen (zentraler Titel 441 01) erforderlich.

Die Sächlichen Verwaltungsausgaben steigen nach dem Regierungsentwurf um 2,4 Millionen DM an.

Bei seinen Beratungen kürzte der Haushaltsausschuß die Ansätze bei einigen Sachtiteln um insgesamt 0,6 Millionen DM. Aufgrund dieser Änderungen schließt das Kapitel 14 01 nunmehr mit einer Gesamtausgabe in Höhe von 340,2 Millionen DM ab.

Kap. 14 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Dieses Kapitel schließt nach dem Regierungsentwurf mit

— Einnahmen von 132,8 Millionen DM; sie liegen um 39,0 Millionen DM unter den für 1972 vorgesehenen Einnahmen;

und

— Ausgaben in Höhe von 1 679,8 Millionen DM; sie erhöhen sich gegenüber 1972 um 461,0 Millionen DM.

Es haben sich die Personalausgaben um 4,6 Millionen DM, die Sächlichen Verwaltungsausgaben um 12,0 Millionen DM, die Zuweisungen und Zuschüsse um 0,7 Millionen DM und die besonderen Finanzierungsausgaben um 443,7 Millionen DM erhöht.

Der Mehrbedarf bei den Personalausgaben ist auf zusätzliche Lehrgänge im Rahmen der militärischen Ausbildung im Ausland (Tit. 453 11 — Titelgruppe —) zurückzuführen.

Das Ansteigen der Sächlichen Verwaltungsausgaben entfällt ebenfalls im wesentlichen auf zusätzliche Lehrgänge im Rahmen der militärischen Ausbildung im Ausland (Tit. 525 11 — Titelgruppe —).

Der Anstieg der Zuweisungen und Zuschüsse beruht auf dem steigen der Reparaturkosten bei Kraftfahrzeugen im Rahmen der Abgeltung von Schadensersatzansprüchen Dritter (Tit. 698 01). Der Mehrbedarf bei den besonderen Finanzierungsausgaben entfällt auf die Vermehrung der Zahl der zu versorgenden Soldaten der Bundeswehr und besoldungsrechtliche Verbesserungen.

Der Haushaltsausschuß beschloß bei seinen Beratungen

— die Einnahmen bei 2 Titeln in Anpassung an die Einnahmeentwicklung um insgesamt 13,0 Millionen DM zu erhöhen,

— die Ausgaben bei 7 Titeln um insgesamt 101,0 Millionen DM zu kürzen. Davon entfallen 85,0 Millionen DM auf Tit. 980 01 als Folge der entsprechenden Kürzung des Versorgungshaushalts der Soldaten der Bundeswehr (Kap. 33 04) und 14,9 Millionen DM Währungsgewinn auf Titel 525 11,

— Titelgruppe — (Dollarabwertung vom 14. Februar 1973, DM-Aufwertung vom 19. März 1973).

Ferner beschloß der Haushaltsausschuß eine globale Minderausgabe in Höhe von 107 084 000 DM

bei dem neu einzurichtenden Titel 972 02 für alle übrigen im Einzelplan 14 verstreut anfallenden Währungsgewinne.

Als Folge der Beschlüsse des Haushaltsausschusses schließt dieses Kapitel nunmehr mit Einnahmen in Höhe von 145,8 Millionen DM und Ausgaben in Höhe von 1 471,7 Millionen DM.

Kap. 14 03 — Kommandobehörden, Truppen usw. —

Der Regierungsentwurf sieht für dieses Kapitel gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 um 3,3 Millionen DM auf 19,0 Millionen DM steigende Einnahmen und um 191,3 Millionen DM auf 5 435,0 Millionen DM wachsende Ausgaben vor.

Der Mehrbedarf wird im wesentlichen durch die Personalausgaben verursacht, die um 164,5 Millionen DM steigen. Der Grund hierfür liegt — wie bereits bei Kapitel 14 01 i. e. erläutert — in der Erhöhung der Bezüge der Berufs- und Zeitsoldaten. Das Planstellensoll hat sich demgegenüber nicht erhöht. Das Stellensoll für Grundwehrdienstpflichtige wird durch die Umstellung der Grundwehrdienstzeit von 18 auf 15 Monate verringert.

Im Zuge der Neuordnung des Kapitels 14 05 wurden die Titelgruppen

- Sport und Leibesübungen,
- Staatsbürgerlicher und völkerrechtlicher Unterricht,
- Gestaltung der Freizeit

und die Titel

- Militärfachliche Zeitschriften,
- CISM-Veranstaltungen

in das Kap. 14 03 (Sächliche Verwaltungsausgaben) verlagert.

Unter Berücksichtigung dieser Erweiterungen steigen die Ausgaben für Sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse und Investitionen gegenüber den vergleichbaren Ansätzen des Vorjahres um 26,9 Millionen DM. Hiervon entfallen allein 9,8 Millionen DM auf die „Militärische Ausbildung im Inland“ (Titelgruppe). Hier mußten die Ansätze 9,3 Millionen DM für die Intensivierung der militärischen Ausbildung sowie für die Erhöhung der Eisenbahntarife (Tit. 453 11 — 527 12) und um 0,5 Millionen DM für den staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Unterricht (Tit. 524 11) erhöht werden.

Für „Truppenübungen“ (Titelgruppe) werden 3,8 Millionen DM mehr benötigt, weil zur Schonung von Material und Gerät und zur Entlastung des Straßenverkehrs Rad- und Kettenfahrzeuge verstärkt mit der Eisenbahn verlegt werden sollen (Tit. 532 21). Außerdem ist der Ansatz für Ersatzleistungen für Übungsschäden im Hinblick auf vermehrte Übungsvorhaben verstärkt worden (Tit. 698 23).

Auf Beschluß des Haushaltsausschusses wurde das Planstellensoll in einigen Besoldungsgruppen durch Realisierung von kw- und ku-Vermerken ver-

ändert, und zwar in den Besoldungsgruppen B 6, A 16, A 15, A 14 und A 13. Darüber hinaus wurden in den Besoldungsgruppen A 14, A 13 und A 11 jeweils vier Ermächtigungen, Dienstbezüge aus einer höheren Besoldungsgruppe zu leisten (sogenannte Ermächtigungsstellen), gestrichen.

Außerdem beschloß der Haushaltsausschuß den Ansatz bei Tit. 525 11 (Titelgruppe militärische Ausbildung) um 3,0 Millionen DM zu erhöhen, weil auf Grund von Preisprüfungen höhere Ausgaben für die Ausbildung der Transportflieger bei der Deutschen Lufthansa anfallen. Demgegenüber wurden die Ansätze bei zehn Titeln um insgesamt 5,6 Millionen DM gekürzt.

Die Einnahmen dieses Kapitels betragen nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses unverändert 19,0 Millionen DM und die Gesamtausgaben 5 432,4 Millionen DM.

Kap. 14 04 — Bundeswehrverwaltung und Personalausgaben für das Zivilpersonal bei Kommandobehörden, Truppen usw.

Nach dem Regierungsentwurf schließt dieses Kapitel mit Gesamtausgaben von 3 683,9 Millionen DM; das sind 381,1 Millionen DM mehr als im Haushaltsjahr 1972.

Von diesem Mehrbetrag entfallen allein 361,7 Millionen DM auf die Personalausgaben aus den bereits bei Kap. 14 01 genannten Gründen.

Bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben ist ein Anstieg um 19,2 Millionen DM zu verzeichnen. Er beruht mit 11,5 Millionen DM im wesentlichen auf dem verstärkten Einsatz der EDV (Titelgruppe Betrieb des maschinellen Berichtswesens). Die Ausgaben für die Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte (Tit. 518 23) steigen allein um 10,9 Millionen DM.

Die Steigerung bei den Ausgaben für Zuweisungen/Zuschüsse und Investitionen gegenüber 1972 (zusammen rd. 0,138 Millionen DM) ist unerheblich.

Des weiteren sind im Regierungsentwurf für das Haushaltsjahr 1973 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 192 Millionen DM bei Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte (Tit. 518 23) eingebracht, die in den Haushaltsjahren 1974, 1975 und 1976 jeweils bis zur Höhe von 64 Millionen DM fällig werden dürfen.

Bei seinen Beratungen beschloß der Haushaltsausschuß, die Ansätze bei den Titeln 443 34, 511 01, 513 05, 514 01, 527 01, 527 02, 533 01, 539 99, 518 23 und 522 21 um 6,9 Millionen DM zu senken. Die Senkungen betreffen überwiegend solche Titel der HGr. 5, bei denen in Ausführung des Beschlusses des Haushaltsausschusses die Ansätze 1972 grundsätzlich nicht überschritten werden sollen.

Außerdem beschloß der Haushaltsausschuß, die für Mieten und Pachten für EDV-Einrichtungen (Tit. 518 23) vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen

für die Jahre 1974 bis 1976 von je 64 Millionen DM um jeweils 3 Millionen DM qualifiziert zu sperren.

Aufgrund der genannten Beschlüsse des Haushaltsausschusses schließt dieses Kapitel mit Gesamtausgaben von 3 677,0 Millionen DM und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 192 Millionen DM ab, die 1974 bis 1976 mit jeweils 64 Millionen DM (davon je 3 Millionen DM gesperrt) fällig werden können.

Kap. 14 05 — Bildungswesen —

Im Zuge der Neugliederung des Kapitels wurden die Titelgruppen

- Sport und Leibesübungen,
- Staatsbürgerlicher und völkerrechtlicher Unterricht,
- Gestaltung der Freizeit und die

Titel — Militärfachliche Zeitschriften,

- CISM-Veranstaltungen

in das Kap. 14 03 verlagert.

Neu veranschlagt wurden die Ausgaben für die Errichtung von zwei Hochschulen der Bundeswehr.

Der Gesamtansatz des neu gegliederten Kapitels beträgt nach dem Regierungsentwurf 96,250 Millionen DM und liegt damit gegenüber dem vergleichbaren Soll 1972 um 30,430 Millionen DM höher. Der Mehrbedarf beruht mit 13,547 Millionen DM auf Ausgaben für die Errichtung der beiden Bundeswehr-Hochschulen. Außerdem sind die Ansätze für die Titelgruppe „Berufsförderung für das spätere Berufsleben durch Bildungseinrichtungen außerhalb der Bundeswehr und Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung“ um insgesamt 17,537 Millionen DM angestiegen. Gründe hierfür sind die Leistungsverbesserungen in der Neufassung der Verwaltungsvorschrift zu § 5 SVG — z. B. Angleichung der reisekostenrechtlichen Abfindungen an die Regelsätze, Anhebung der Förderhöchstgrenzen aus dem Jahre 1962 um 50 v. H. und die allgemeine Preisentwicklung.

Demgegenüber konnte der Gesamtansatz für die Titelgruppe „Berufsförderung für das spätere Berufsleben durch Bundeswehr-Fachschulen“ um 0,654 Millionen DM gesenkt werden, weil die Zahl der voraussichtlich die Bundeswehr-Fachschulen besuchenden Soldaten niedriger als 1972 liegt.

Aufgrund der Beratungen beschloß der Haushaltsausschuß bei der Titelgruppe „Errichtung von zwei Hochschulen der Bundeswehr“ die Ansätze bei Tit. 422 61 auf 1,1 Millionen DM und bei Tit. 425 61 auf 4,0 Millionen DM zu senken. Dabei ging der Ausschuß davon aus, daß während der Anlaufzeit des Studiums, d. h. bis Ende 1973, mit einem geringeren Personalumfang als veranschlagt auszukommen sei. Der Gesamtansatz dieser Titelgruppe vermindert sich somit auf 12,179 Millionen DM.

Damit schließt das Kapitel mit Ausgaben von 94,882 Millionen DM ab.

Kap. 14 01 — Militärseelsorge —

Die Gesamtausgaben dieses Kapitels betragen nach dem Regierungsentwurf 27,47 Millionen DM; gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 wachsen sie um knapp 1,2 Millionen DM. Die Erhöhung der Gesamtausgaben ist fast ausschließlich auf das Ansteigen der Personalausgaben um 1,0 Millionen DM gegenüber 1972 zurückzuführen; die Gründe hierfür sind bei Kap. 14 01 genannt.

Bei seinen Beratungen beschloß der Haushaltsausschuß die Ansätze bei 4 Titeln um 0,07 Millionen DM zu senken. Die Senkungen betreffen Titel der HGr. 5, bei denen in Ausführung des Beschlusses des Haushaltsausschusses die Ansätze 1972 grundsätzlich nicht überschritten werden sollen.

Aufgrund der genannten Beschlüsse des Haushaltsausschusses schließt dieses Kapitel mit Gesamtausgaben von 27,4 Millionen DM ab.

Kap. 14 07 — Rechtspflege —

Dieses Kapitel schließt nach dem Regierungsentwurf mit Ausgaben in Höhe von 4,64 Millionen DM, das sind 0,4 Millionen DM mehr als 1972, ab. Hervorgerufen wird diese Mehrausgabe fast ausschließlich durch die Personalausgaben, die aus den bei Kap. 14 01 genannten Gründen steigen.

Bei seinen Beratungen beschloß der Haushaltsausschuß, die Ansätze bei 3 Titeln um 0,010 Millionen DM zu senken. Die Senkungen betreffen Titel der HGr. 5, bei denen in Ausführung des Beschlusses des Haushaltsausschusses die Ansätze 1972 grundsätzlich nicht überschritten werden sollen.

Außerdem beschloß der Haushaltsausschuß, die Titelgruppe „Aus- und Fortbildung des Personals der Rechtspflege“ (die Titel sind als Leertitel ausgebracht) zu streichen.

Aufgrund der genannten Beschlüsse des Haushaltsausschusses schließt dieses Kapitel mit Gesamtausgaben von 4,632 Millionen DM ab.

Kap. 14 08 — Sanitätswesen —

Der Regierungsentwurf sieht für dieses Kapitel mit 6,8 Millionen DM um 0,7 Millionen DM höhere Einnahmen und mit 273,6 Millionen DM um 26,5 Millionen DM höhere Ausgaben als im Haushaltsjahr 1972 vor.

Die Mehraufwendungen 1973 werden hervorgerufen durch

- das Anwachsen der Personalausgaben um 27,8 Millionen DM, weil die ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten durch erhöhte Zuschläge zu den Mindestgebühren und die Material- und Laboratoriumskosten sowie die Pflegekosten in zivilen Krankenpflegeeinrichtungen weiter steigen;
- die um 2,5 Millionen DM höheren Sächlichen Verwaltungsausgaben. Hier macht sich vor allem der Preisanstieg bei den für die freie Heilfür-

sorge der Soldaten benötigten Arzneien, Verbandmittel, Brillen und orthopädischen Hilfsmittel (Tit. 522 01) erheblich bemerkbar.

Demgegenüber wurden die Ansätze für die Militärische Beschaffung um 3,8 Millionen DM gesenkt. Nach dem Regierungsentwurf sind für die Erhaltung des Sanitätsgeräts (Tit. 553 01) wegen des Preisanstiegs 0,7 Millionen DM, für „Sonstige, nicht aufteilbare Betriebskosten“ wegen weiterer Preissteigerungen und des sich fortsetzenden Auf- und Ausbaues sanitätsdienstlicher Einrichtungen 1,0 Millionen DM mehr als 1972 vorgesehen. Die Ansätze für die Beschaffung von Sanitätsgerät (Tit. 554 01) sowie von Vorräten an Arznei- und Verbandmitteln (Tit. 554 02) werden jedoch um insgesamt 5,5 Millionen DM gesenkt. Diese Titelansätze entsprechen dem auf Grund eines mehrjährigen Materialprogramms ermittelten Bedarfs.

Im Bereich der Ausgaben für militärische Beschaffungen sieht der Regierungsentwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 32,5 Millionen DM vor. Von ihnen dürfen fällig werden

- 1974 bis zur Höhe von 18,5 Millionen DM
- 1975 bis zur Höhe von 10,0 Millionen DM
- 1976 bis zur Höhe von 4,0 Millionen DM.

Auf Grund seiner Beratungen beschloß der Haushaltsausschuß, den Ansatz eines Einnahmetitels um 1,0 Millionen DM zu erhöhen, die Ansätze von 2 Ausgabetiteln um insgesamt 0,9 Millionen DM zu senken und die Ansätze von 2 weiteren Titeln um insgesamt rd. 14,3 Millionen DM anzuheben. Die Anhebungen sind im wesentlichen durch das weitere Ansteigen der Pflegekostensätze in den zivilen Krankenpflegeeinrichtungen, der ärztlichen Gebührensätze sowie den Preisanstieg bei den Arzneien und Verbandmitteln, den orthopädischen Hilfsmitteln und den Sätzen für Optikerleistungen bedingt.

Dieses Kapitel schließt demnach mit

- Einnahmen von 7,8 Millionen DM
- Ausgaben von 286,9 Millionen DM.

Bei den Verpflichtungsermächtigungen traten Änderungen nicht ein.

Kap. 14 10 — Verpflegung —

Nach dem Regierungsentwurf schließt dieses Kapitel mit Einnahmen von 80,1 Millionen DM, das sind 14,9 Millionen DM mehr als 1972, die Ausgaben von 389,3 Millionen DM steigen gegenüber 1972 um 14,7 Millionen DM.

Das Ansteigen der Einnahmen beruht ausschließlich auf der Erhöhung der Abgabepreise und einer vermehrten Erneuerung von Verpflegungsvorräten in diesem Jahr infolge abgelaufener Lagerfrist.

Die Steigerung der Ausgaben beruht insoweit — korrespondierend zu diesem Teil der Einnahmen — insbesondere auf der vermehrten Erneuerung.

Bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben wurde der Ansatz bei einem Titel um 5,5 Millionen DM gekürzt und bei einem anderen Titel um 18,0 Millionen DM erhöht. Da 1973 die Zahl der Wehrpflichtigen sinken wird, konnten die für die Gemeinschaftsverpflegung (Tit. 522 01) vorgesehenen Ausgaben um 5,5 Millionen DM gesenkt werden. Für die Erneuerung der Verpflegungsvorräte (Tit. 522 02) werden 1973 18,0 Millionen DM mehr als 1972 benötigt, da in diesem Jahr eine größere Menge an Verpflegungsmitteln aufzufrischen ist.

Der Regierungsentwurf sieht an Verpflichtungsermächtigungen für 1974 ungesperrt 30,0 Millionen DM vor.

Auf der Ausgabenseite beschloß der Haushaltsausschuß die Kürzung eines Titelansatzes um 14 000 DM.

Es wird ein neuer Ausgabe- und zu seiner Verstärkung ein neuer Einnahmetitel geschaffen. Diese sollen dem Ausgleich des Preisgefälles zwischen den sogenannten teuren und den billigen Standorten dienen.

Kap. 14 11 — Bekleidung —

Für dieses Kapitel sieht der Regierungsentwurf mit 6,0 Millionen DM die gleichen Einnahmen wie 1972 und mit 329,9 Millionen DM um 72,6 Millionen DM höhere Ausgaben vor.

Bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben werden bei dem Titel 516 01 ab 1973 nur noch der Ersatz von Dienst- und Schutzkleidung für Beamte und Arbeitnehmer sowie Einkleidungsbeihilfen, Dienstbekleidungszuschüsse, Kleidergeld und Abnutzungsentschädigung für die Soldaten veranschlagt. Der bisher mit diesen Ausgaben zusammen veranschlagte Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung der Soldaten wird ab 1973 bei dem neu eingerichteten Titel 553 01 ausgebracht. Der Titelanatz 1973 entspricht dem Anteil von 1972.

Für die Erhaltung der Bekleidung (Ersatzbeschaffung Tit. 553 01) sind für 1973 264,4 Millionen DM ausgebracht. Der Mehrbedarf gegenüber 1972 (damals noch Tit. 516 01) beruht auf den erheblich gestiegenen Beschaffungspreisen, der Änderung der Wehrstruktur und einem Nachholbedarf bei einzelnen Teilen der Bekleidung, da ein früher vorhandener Vorrat inzwischen aufgebraucht ist. Der Ansatz für die Erstbeschaffung der Bekleidung (Tit. 554 01) erhöht sich gegenüber 1972 um 19,4 Millionen DM. Dieser Mehrbedarf besteht wegen der Erhöhung der Zahl der Mob-Reservisten, die mit Grundausrüstungen versorgt werden müssen.

Zum Regierungsentwurf sind für Verpflichtungsermächtigungen Beträge in Höhe von 248,0 Millionen DM vorgesehen; von ihnen dürfen bis zu 193,0 Millionen DM für 1974 und 55,0 Millionen DM für 1975 in Anspruch genommen werden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, den Ansatz eines Einnahmetitels um 1,0 Millionen DM zu erhöhen und auf der Ausgabenseite den Titel 553 01 um 20,0 Millionen DM zu kürzen und den Titel 516 01

um 2,9 Millionen DM anzuheben, so daß die Ausgaben gegenüber dem Entwurf im Saldo um 17,1 Millionen DM gekürzt sind.

Kap. 14 12 — Unterbringung —

Der Regierungsentwurf sieht für dieses Kapitel Einnahmen in Höhe von 142,060 Millionen DM und Ausgaben in Höhe von 3 061,409 Millionen DM vor.

Gegenüber 1972 fallen die Gesamteinnahmen im Haushaltsjahr 1973 um 0,940 Millionen DM. Dabei wurden die Ansätze bei verschiedenen Titeln erhöht und bei verschiedenen gesenkt.

Die Gesamtausgaben erhöhen sich 1973 um 191,710 Millionen DM; hiervon entfallen 138,425 Millionen DM auf die Sächlichen Verwaltungsausgaben, 6,2 Millionen DM auf Militärische Beschaffungen, Anlagen usw., 46,9 Millionen DM auf Zuweisungen und Zuschüsse und 0,250 Millionen DM auf die Ausgaben für Investitionen.

Der starke Anstieg der Sächlichen Verwaltungsausgaben rührt daher, daß

- die Zahl der zu beschaffenden und zu unterhaltenden Geräte und Maschinen für Verwaltungszwecke weiter steigt und den gewachsenen Lohn- und Materialkosten Rechnung getragen werden muß; daher mußte der Ansatz des Tit. 515 01 um 3,0 Millionen DM erhöht werden;
- die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Tit. 517 01) 1973 rund 35,0 Millionen höhere Kosten verursacht wird; auch hier steigt die Zahl und damit das Volumen der zu bewirtschaftenden Grundstücke; deswegen müssen die höheren Kosten, insbesondere für feste und flüssige Brennstoffe sowie beim Dienstleistungsgewerbe berücksichtigt werden;
- die Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (Tit. 518 01) infolge gestiegener Mietpreise um ca. 6,0 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr ansteigen werden;
- die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Tit. 519 01) wegen des Zugangs weiterer Liegenschaften und gestiegener Preise um 52,5 Millionen DM zunehmen;
- wegen der steigenden Zahl der zu bewachenden Anlagen und höherer Personalkosten im Bewachungsgewerbe der Ansatz für Bewachungskosten (Tit. 539 04) um 41,8 Millionen DM angehoben werden mußte.

Das Ansteigen der Ausgaben für Militärische Anlagen beruht auf dem gegenüber 1972 um 21,2 Millionen DM höheren Ansatz für Bauausgaben (Tit. 555 01 bis 559 80).

Das Mehr bei den Zuweisungen und Zuschüssen ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß

- die den Ländern zu erstattenden Verwaltungsausgaben (Tit. 632 01) wegen der gestiegenen Personal- und Sachkosten um 44,0 Millionen DM erhöht werden mußten;

- für Entschädigungen aufgrund des Fluglärmggesetzes (Tit. 698 02) infolge höheren Bedarfs der Ansatz gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Millionen DM erhöht werden mußte.

Im Bereich der Ausgaben für Investitionen sind im wesentlichen folgende Mehrausgaben vorgesehen:

- Für die Beschaffung von Liegenschaften für militärische Zwecke (Tit. 821 03) wird infolge der bereits vorliegenden abschlußreifen Kaufverträge den Bedarf um 7,0 Millionen DM über dem Vorjahresbedarf liegen;
- für Überprüfung und Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen von militärischem Interesse (Tit. 741 41 bis 893 41) werden aufgrund des derzeitigen Bautenstandes voraussichtlich 4,2 Millionen DM mehr Mittel gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 benötigt werden;
- für die Maßnahmen zur Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr (Tit. 661 51 bis 863 51) wird der Mittelbedarf gegenüber dem Vorjahr aufgrund des derzeitigen Bautenstandes um 29,4 Millionen DM ansteigen.

Andererseits sinken in diesem Ausgabenbereich die Ansätze vor allem für

- den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland (Tit. 812 01) um 28,0 Millionen DM;
- Darlehen an die Trägerverbände für Soldatenheime (Tit. 862 02) um 8,0 Millionen DM, da im Haushaltsjahr 1973 weniger Soldatenheime begonnen werden als im Vorjahr;
- Aufschließungsmaßnahmen und Folgeeinrichtungen besonderen Umfangs bei militärischen Bauvorhaben und Wohnsiedlungen (Tit. 853 11 bis 893 11) um 1,0 Millionen DM;
- Umsiedlungen im Zusammenhang mit dem Bau und dem Betrieb von Flugplätzen (Tit. 821 31 bis 893 31) um 3,0 Millionen DM.

Der Haushaltsausschuß beschloß, in Angleichung an den Vorjahresansatz den Ansatz eines Einnahmetitels (Tit. 153 01) um 0,1 Millionen DM zu erhöhen.

Auf der Ausgabenseite senkte der Ausschuß die Ansätze von zwei Titeln der „Sächlichen Verwaltungsausgaben“ in Anpassung an die Ausgabenentwicklung 1973 um 28,0 Millionen DM, den Titel 698 02 — Entschädigung auf Grund des Fluglärmggesetzes — um 2,0 Millionen DM und kürzte den Titelanatz bei Tit. 555 85 — Bau von Bundeswehrkrankenhäusern im Wehrbereich V — aus haushaltssystematischen Gründen um 2,4 Millionen DM zugunsten eines neu eingestellten Titels 882 01 — Anteil des Bundes an den Kosten der gemeinsamen Anlagen und Einrichtungen für das Bundeswehrkrankenhaus und die Universitätsklinik Ulm —. Ferner kürzte der Haushaltsausschuß zwei Ausgabentitel aus dem Bereich der zivilen Infrastruktur um 5,0 Millionen DM in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Aufgrund der Beschlüsse des Haushaltsausschusses schließt das Kapitel mit

Einnahmen von	142,160 Millionen DM
Ausgaben von	3 026,409 Millionen DM.

Verpflichtungsermächtigungen stehen unverändert in Höhe von 1 398,1 Millionen DM zur Verfügung; sie dürfen in folgender Höhe fällig werden:

1974 bis zu	616,9 Millionen DM
1975 bis zu	478,0 Millionen DM
1976 bis zu	276,0 Millionen DM
1977 bis zu	18,7 Millionen DM
1978 ff. bis zu	7,7 Millionen DM
und bis zu	0,8 Millionen DM

in künftigen Haushaltsjahren.

Kap. 14 13 — Pionierwesen —

Nach dem Regierungsentwurf soll dieses Kapitel 1973 mit Ausgaben in Höhe von 80 Millionen DM abschließen; das sind 6,1 Millionen DM weniger als im abgelaufenen Haushaltsjahr. Die für die Erhaltung des Pioniermaterials Tit. 553 01 vorgesehenen Ausgaben wurden auf Grund des Ist-Ergebnisses 1972, jedoch auch unter Berücksichtigung der Alterung der vorhandenen sowie des Zulaufs neuer Geräte, um 1,5 Millionen DM niedriger als im Vorjahr angesetzt.

Für die Beschaffung von Pioniermaterial Tit. 554 01 sind gegenüber dem Vorjahr 4,6 Millionen DM weniger veranschlagt, weil nur wenige größere Beschaffungsvorhaben in diesem Jahr zur Realisierung heranstehen.

Weiter sieht der Regierungsentwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 36 Millionen DM vor, von denen 1974 bis zu 23 Millionen DM, 1975 bis zu 12 Millionen DM und 1976 bis zu 1 Million DM fällig werden dürfen.

Der Haushaltsausschuß stimmte den Ansätzen des Regierungsentwurfs zu.

Kap. 14 14 — Fernmeldewesen —

Im Regierungsentwurf sind für dieses Kapitel Einnahmen in Höhe von 4,5 Millionen DM, das sind 0,775 Millionen DM mehr als 1972, und Ausgaben in Höhe von 806 Millionen DM, das sind 2,8 Millionen DM weniger als im Vorjahr, veranschlagt.

Bei den Einnahmen sind entsprechend den bis Ende 1972 gezahlten Darlehensbeträgen an die Deutsche Bundespost zur Fortführung des Fernmeldebauprogramms für 1973 um 0,775 Millionen DM höhere Zinseinnahmen bei Tit. 161 01 zu erwarten.

Im Ausgabenbereich sinken die Sächlichen Verwaltungsausgaben um 1 Million DM und die Ausgaben für Investitionen um 7 Millionen DM, während die Ausgaben für Militärische Beschaffungen um 5,2 Millionen DM ansteigen.

Die Minderung bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben ergibt sich aus einer Senkung des Ansatzes für Mieten der Fernmeldeleitungen (Tit. 513 03) um 4 Millionen DM, der um 3 Millionen DM höhere Fernmeldegebühren und Wartungskosten für ortsfeste Fernmeldeanlagen (Tit. 513 02) gegenüberstehen.

Bei den Ausgaben für Militärische Beschaffungen erhöhen sich die Aufwendungen für die Erhaltung des Fernmeldematerials (Tit. 553 01) um 30 Millionen DM; hier sind insbesondere ein Nachholbedarf bei der Ersatzteilfolgebeschaffung und der Erhaltungsaufwand für neu hinzukommendes Gerät zu berücksichtigen. Der Ansatz für die Beschaffung von ortsfesten bw-eigenen Fernmeldeanlagen (Tit. 554 01) ist entsprechend dem Beschaffungsbedarf um 2 Millionen DM erhöht worden. Andererseits ist der Ansatz für die Beschaffung von Fernmeldematerial (Tit. 554 02) um 26,8 Millionen DM gesenkt worden. Die Ausgaben für Investitionen (Tit. 861 01) sind in Höhe des noch zu bewilligenden Darlehensrestbetrages von 3 Millionen DM veranschlagt. Ferner sieht der Regierungsentwurf für dieses Kapitel Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 618 Millionen DM vor; sie dürfen bis zu 238 Millionen DM 1974, bis zu 187 Millionen DM 1975, bis zu 139 Millionen DM 1976 und bis zu 54 Millionen DM 1977 fällig werden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, die Ansätze für die

- Fernmeldegebühren (Tit. 513 02) um 3 Millionen DM und
- Mieten für Fernmeldeleitungen (Tit. 513 03) um 8 Millionen DM

in Anpassung an die Ist-Ergebnisse des Vorjahres zu senken. Dagegen erhöhte der Haushaltsausschuß die Ansätze für die

- Beschaffung von ortsfesten Fernmeldeanlagen (Tit. 554 01) um 5 Millionen DM,
- Beschaffung von Fernmeldematerial (Tit. 554 02) um 10 Millionen DM

entsprechend dem Bedarf für 1973 an dringenden und wichtigen Fernmelde-Geräte-Ausstattungen.

Das Kapitel schließt demnach mit

- Einnahmen von 4,5 Millionen DM und
- Ausgaben von 810,0 Millionen DM.

Kap. 14 15 — Feldzeugwesen —

Die Einnahmen steigen nach dem Regierungsentwurf um 6 Millionen DM auf 68 Millionen DM, die Ausgaben steigen um 154,515 Millionen DM auf 2 923,265 Millionen DM.

Die Mehreinnahmen werden bei Tit. 113 02 aus der Veräußerung von unbrauchbar oder entbehrlich gewordenem Material aller Art, das bereits ausgesondert ist bzw. zur Aussonderung ansteht, erwartet.

Auf der Ausgabenseite beträgt der Mehrbedarf bei den Sächlichen Verwaltungskosten 2,285 Millionen DM im Bereich der verschiedenen Titel der Titelgruppe „Betrieb der in bundeseigener Regie geführten Depots“ und bei den „Militärischen Beschaffungen“ 152,420 Millionen DM.

Die Erhöhungen wurden insbesondere erforderlich bei:

- der Erhaltung des Feldzeugmaterials (Tit. 553 02) um 13 Millionen DM,
- Erhaltung der Munition (Tit. 553 03) um 3 Millionen DM,
- der Beschaffung von Fahrzeugen (Tit. 554 01) um 9 Millionen DM für den dringendsten Ersatzbedarf,
- der Beschaffung von Kampffahrzeugen (Tit. 554 02) um 90 Millionen DM,
- der Beschaffung von Munition (Tit. 554 04) um 43,850 Millionen DM.

Demgegenüber sinken bei den Militärischen Beschaffungen die Ansätze der Regierungsvorlage gegenüber 1972 für die

- Erhaltung von Schienenfahrzeugen (Tit. 553 05) um 3,070 Millionen DM,
- Beschaffung von Feldzeugmaterial (Tit. 554 05) um 10 Millionen DM.

Im Regierungsentwurf sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3 067 Millionen DM veranschlagt. Von ihnen dürfen fällig werden:

1974 bis zu	1 050 Millionen DM
1975 bis zu	829 Millionen DM
1976 bis zu	693 Millionen DM
1977 bis zu	425 Millionen DM
1978 bis zu	70 Millionen DM.

Der Haushaltsausschuß beschloß, die Ausgabenansätze bei Tit. 554 02 — Beschaffung von Kampffahrzeugen — um 25 Millionen DM und bei Tit. 554 05 — Beschaffung von Feldzeugmaterial — um 5 Millionen DM zu erhöhen.

Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses schließt das Kapitel 14 15 mit Einnahmen von 68 Millionen DM und Ausgaben in Höhe von 2 953,265 Millionen DM ab.

Die Verpflichtungsermächtigungen bei Tit. 534 01 — Beschaffung von Kraftfahrzeugen — wurden ebenfalls um 14 Millionen DM erhöht, so daß nunmehr insgesamt 3 081 Millionen DM veranschlagt sind. Sie dürfen

1974 bis zu	1 050 Millionen DM
1975 bis zu	834 Millionen DM
1976 bis zu	702 Millionen DM
1977 bis zu	425 Millionen DM
und 1978 bis zu	70 Millionen DM

fällig werden.

Kap. 14 16 — ABC-Schutzmaterial —

Die Ausgaben dieses Kapitels steigen nach dem Regierungsentwurf um 1,7 Millionen DM auf 31,2 Millionen DM gegenüber dem Haushaltsjahr 1972.

Die Mehrforderung besteht beim Beschaffungstitel 554 01 und liegt im wesentlichen in der Notwendigkeit, bisher zurückgestelltes verschiedenes ABC-Schutzmaterial zu beschaffen.

An Verpflichtungsermächtigungen sind 16 Millionen DM vorgesehen; sie dürfen 1974 bis zu 13 Millionen DM, 1975 bis zu 3 Millionen DM fällig werden.

Da der Haushaltsausschuß bei seinen Beratungen den Regierungsentwurf unverändert ließ, schließt das Kapitel mit Ausgaben von 31,2 Millionen DM.

Kap. 14 17 — Quartiermeisterwesen —

Im Regierungsentwurf sind die Einnahmen mit 27 000 DM gegenüber dem Vorjahr um 2 000 DM höher veranschlagt. Die Gesamtausgaben dieses Kapitels steigen gegenüber dem Vorjahr um 28,5 Millionen DM auf 305,1 Millionen DM.

Die Sächlichen Verwaltungsausgaben — bestimmt für den Kauf von Betriebsstoff für die Bundeswehr (Tit. 522 01) — liegen gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 um 24 Millionen DM höher. Im Bereich der Militärischen Beschaffungen steigen die Ansätze für die Erhaltung des Quartiermeistermaterials (Tit. 553 01) um 1,8 Millionen DM und für die Beschaffung von Quartiermeistermaterial (Tit. 554 01) um 6,3 Millionen DM. Die höheren Ansätze beruhen überwiegend auf den inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen.

Außerdem sieht der Regierungsentwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 17,5 Millionen DM vor. Hiervon dürfen für 1974 bis zu 13,5 Millionen DM und für 1975 bis zu 4 Millionen DM in Anspruch genommen werden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, den im Regierungsentwurf vorgesehenen Ansatz für die Einnahmen von 27 000 DM auf 30 000 DM zu erhöhen; die übrigen Ansätze blieben unverändert.

Kap. 14 18 — Schiffe und Marinegerät —

Der Regierungsentwurf sieht für dieses Kapitel Einnahmen von 83 000 DM und Gesamtausgaben von 893,5 Millionen DM vor; die Ausgaben liegen damit gegenüber dem Vorjahr um 84,4 Millionen DM höher.

Bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich die Charterkosten (Tit. 532 01) um 400 000 DM.

Im Bereich der Militärischen Beschaffungen sind die Ansätze für die Erhaltung um 43,0 Millionen DM angehoben worden. Dieser Mehrbedarf beruht auf der Erhöhung der Löhne und Preise der Industrie sowie auf der Alterung des vorhandenen Materials. Der Ansatz für die Beschaffung von Schiffen (Tit. 554 01) wurde um 38,0 Millionen DM angehoben, um die bereits laufenden Bau- und Beschaf-

fangsmaßnahmen verschiedener Schiffs- und Bootstypen fortführen zu können.

An Verpflichtungsermächtigungen sieht der Regierungsentwurf 668,0 Millionen DM vor; von ihnen dürfen bis zu 303,0 Millionen DM für 1974, 165,0 Millionen DM für 1975 und 200,0 Millionen DM für 1976 in Anspruch genommen werden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, den Ansatz eines Einnahmetitels um 17 000 DM auf 100 000 DM zu erhöhen. Auf der Ausgabenseite sehen die Beschlüsse des Haushaltsausschusses die Kürzung des Titels 553 01 (Erhaltung von Schiffen) um 6,0 Millionen DM und die Erhöhung des Titels 554 01 (Beschaffung von Schiffen) um 12,0 Millionen DM vor. Der Gesamtausgabeansatz dieses Kapitels beträgt somit 899,5 Millionen DM gegenüber 809,1 Millionen DM im Haushalt 1972.

Kap. 14 19 — Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät —

Die Gesamtausgaben steigen nach der Regierungsvorlage gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 um 50,5 Millionen DM. Die Sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich um 3,5 Millionen DM. Dieser Mehrbedarf ergibt sich im wesentlichen aus der Charterung von Hubschraubern für den Truppenversuch des Heeres „Hubschrauberbewaffnung“ (Tit. 532 01).

Der Ansatz für die Erhaltung der Flugzeuge usw. (Tit. 553 01) erhöht sich um 249,4 Millionen DM. Dieser hohe Bedarf ist überwiegend auf den Lohn- und Materialkostenauftrieb der letzten Jahre, den erhöhten Verschleiß des alternden Materials sowie den erhöhten Wartungs- und Instandsetzungsbedarf durch neu eingeführte, technisch wesentlich kompliziertere Waffensysteme zurückzuführen.

Weiterhin sind im Regierungsentwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2 526,0 Millionen DM veranschlagt. Sie dürfen

für 1974 bis zur Höhe von	1 216 Millionen DM
für 1975 bis zur Höhe von	446 Millionen DM
für 1976 bis zur Höhe von	464 Millionen DM
für 1977 bis zur Höhe von	400 Millionen DM

in Anspruch genommen werden.

Der Haushaltsausschuß kürzte den Ansatz des Titels 532 01 — Charterkosten — um 2,1 Millionen DM in Anpassung an die Istausgaben 1972. Demgegenüber wurde der Ansatz des Titels 554 01 — Beschaffung von Flugzeugen — aufgestockt. Die Aufstockung berücksichtigt den notwendigen Bedarf an Um- und Nachrüstungen von Flugzeugen sowie den Änderungsdienst, z. B. die Beseitigung von Materialermüdungsfolgen.

Für die Fertigungsvorbereitung des Waffensystems MRCA ist ein besonderer Titel (Tit. 554 02) eingerichtet und mit 30 Millionen DM dotiert worden.

Für das Haushaltsjahr 1974 wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 120 Millionen DM bewilligt. Diese ist qualifiziert gesperrt.

Kap. 14 20 — Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige Entwicklung und Erprobung —

Für dieses Kapitel sind im Regierungsentwurf Einnahmen von 6,8 Millionen DM und Ausgaben von 1 330,3 Millionen DM veranschlagt.

Die Einnahmen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Millionen DM.

Die Gesamtausgaben sind gegenüber dem Haushaltsjahr 1972 um 13 Millionen DM niedriger veranschlagt: Das Weniger entfällt mit 12,3 Millionen DM auf die Ausgaben für die Wehrforschung usw. und mit 1,2 Millionen DM auf die Ausgaben für Investitionen; demgegenüber wurden die für Zuweisungen und Zuschüsse vorgesehenen Ausgaben um 0,5 Millionen DM angehoben.

Im Bereich Wehrforschung usw. ist im wesentlichen der Ansatz für die wehrtechnische Entwicklung und Erprobung (Tit. 551 11) in Anpassung an den gegebenen Finanzrahmen und als Folge des steigenden Mittelbedarfs für das Entwicklungsvorhaben MRCA (siehe nachstehend bei Tit. 551 16) um 46 Millionen DM gesenkt worden. Andererseits sind die für die Entwicklung des neuen Kampfflugzeuges MRCA (Multi-Role-Combat-Aircraft), einer deutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftsentwicklung, vorgesehenen Ausgaben um 36 Millionen DM erhöht worden (Tit. 551 16).

Außerdem sieht der Regierungsentwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 1 224,5 Millionen DM vor; von ihnen dürfen bis zu 718,2 Millionen DM 1974, bis zu 476,3 Millionen DM 1975 und bis zu 30,0 Millionen DM 1976 fällig werden.

Der Haushaltsausschuß erhöhte auf der Ausgabenseite die Ansätze von 3 Titeln um 13,1 Millionen DM und kürzte die Ansätze von 3 Titeln um 3,2 Millionen DM. Diese Änderungen beruhen auf einem beim wehrtechnischen Entwicklungstitel (Tit. 551 11) abzudeckenden Mehrbedarf sowie auf den Abschlußergebnissen der von den Forschungsgesellschaften vorgelegten Wirtschaftspläne. Außerdem erhöhte der Ausschuß bei 2 Titeln die Verpflichtungsermächtigungen um rd. 19 Millionen DM und änderte die Fälligkeiten entsprechend. Andererseits eliminierte er beim Titel 551 16 — Entwicklung MRCA — die Verpflichtungsermächtigungen in der vollen Höhe von 850 Millionen DM.

Aufgrund dieser Beschlüsse schließt das Kapitel mit Einnahmen von 6,8 Millionen DM, Ausgaben von 1 340,2 Millionen DM und Verpflichtungsermächtigungen von 393,5 Millionen DM ab; von diesen dürfen 1974 bis zu 268,2 Millionen DM, 1975 bis zu 76,4 Millionen DM, 1976 bis zu 30,0 Millionen DM, 1977 bis zu 12,4 Millionen DM und 1978 bis zu 6,5 Millionen DM fällig werden.

Kap. 14 21 — Wehrtechnik und Beschaffung —

Nach dem Regierungsentwurf schließt dieses Kapitel mit Gesamtausgaben von 628,4 Millionen DM; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rd. 56,8 Millionen DM.

Der Mehrbetrag beträgt bei	
den Personalausgaben	60,7 Millionen DM
den Sächlichen Verwaltungsausgaben	1,5 Millionen DM
den Militärischen Beschaffungen usw.	0,2 Millionen DM
den Zuweisungen und Zuschüssen	0,1 Millionen DM
	62,5 Millionen DM

Die Investitionen verringern sich um rd.	5,7 Millionen DM
so daß eine Mehrausgabe von ..	5,7 Millionen DM
	56,8 Millionen DM

bleibt.

Der Anstieg der Personalausgaben beruht im wesentlichen auf den bekannten besoldungs- und tarifrechtlichen Maßnahmen. Bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich die Ansätze insbesondere für Mieten und Pachten für Maschinen usw. (Tit. 518 01) um 1,2 Millionen DM, da der Vertrag über die Benutzung des Schießplatzes Unterlüß infolge Preisprüfung erhöhte Kosten verursacht.

Bei den Investitionsausgaben sind bei dem Tit. 812 06 — Ausstattung der wissenschaftlichen Dienststellen der Bundeswehr im Inland — höhere Ausgaben für ein neues Forschungsvorhaben eingestellt.

Die Verpflichtungsermächtigungen betragen 88 Millionen DM. Hiervon dürfen 1974 bis zu 36,1 Millionen DM, 1975 bis zu 28,7 Millionen DM und 1976 bis zu 23,2 Millionen DM fällig werden.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages beschloß, bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben auf die Ansätze des Vorjahres zurückzugehen, bei den Zuweisungen und Zuschüssen das Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftspläne einzusetzen und den Investitionstitel 811 01 — Beschaffung von Dienstfahrzeugen — auf den Vorjahresansatz zu kürzen.

Somit betragen die Gesamtausgaben des Kapitels 626,6 Millionen DM.

Kap. 14 22 — Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen —

Der Abschluß des Kapitels sah nach dem Regierungsentwurf gegenüber dem Vorjahr um fast die Hälfte verringerte Einnahmen von 7,6 Millionen DM und um 11,5 Millionen DM gestiegene Ausgaben von 256,6 Millionen DM vor.

Die Sächlichen Verwaltungsausgaben stiegen geringfügig um 158 000 DM. Die Zuweisungen und Zuschüsse dagegen mußten wegen der Gehaltserhöhungen im NATO-Bereich sowie wegen Erweiterung der Aufgaben und der Einrichtungen um 11,4 Millionen DM erhöht werden. Hiervon entfällt ein Teilbetrag von 2,8 Millionen DM auf die ge-

meinsam finanzierte NATO-Infrastruktur (Titelgruppe 671 11 bis 686 11).

Bei den Einnahmen sind die Erstattungen der NATO für Unterstützungsleistungen und Aufwendungen der Bundesrepublik (Tit. 286 01) um 6,4 Millionen DM geringer als 1972 mit 7,6 Millionen DM angesetzt worden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den Jahren 1971 und 1972 aus den Vorjahren ausstehende Zahlungen eingingen. Bei etwa gleichbleibenden Aufwendungen sind daher höhere Erstattungen nicht zu erwarten.

Zusätzlich zu den Mehrbelastungen durch die Gehaltserhöhungen im NATO-Bereich waren Erhöhungen der Ausgaben insbesondere erforderlich bei den Ansätzen für

- den Betrieb und die Wartung von NATO-Treibstoffleitungen durch die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft (Tit. 671 01) um 2,4 Millionen DM, da weitere Tanklager in Betrieb genommen wurden;
- den Beitrag zu den NATO-Militärhaushalten (Tit. 686 01) um 3,1 Millionen DM;
- die Beiträge zu den Kosten für von der Bundeswehr mitbenutzte militärische Anlagen im Ausland (Tit. 686 07) um 6,2 Millionen DM.

Unter Berücksichtigung der Wechselkursänderungen wurden bei verschiedenen Titeln des Kap. 14 22 insgesamt 3,2 Millionen DM gekürzt.

Durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses sind — bei unveränderten Einnahmen — die Ausgaben des Kap. 14 22 um 2,99 Millionen DM auf 259 562 600 DM erhöht worden.

Kap. 14 23 — Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen —

Für dieses Kapitel sind im Regierungsentwurf Ausgaben in Höhe von 1 659,573 Millionen DM veranschlagt; das sind 288,098 Millionen DM mehr als im Haushaltsjahr 1972. Hiervon entfallen auf die Personalausgaben 147,013 Millionen DM, auf die Zuweisungen und Zuschüsse 140,985 Millionen DM und auf die Sachausgaben 0,1 Millionen DM.

Im Bereich der Personalausgaben stiegen im wesentlichen die Ansätze für die

- Nachversicherungsbeiträge (Tit. 423 03) um 76,0 Millionen DM; der Grund hierfür liegt darin, daß die Zahl der 1973 nachzuversichernden Berufs- und Zeitsoldaten gegenüber dem Vorjahr höher sein wird und die Dienstbezüge als Bemessungsgrundlage angestiegen sind,
- Beiträge in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (Tit. 423 15 bis 423 17) um 71,963 Millionen DM durch Anhebung der Bemessungsgrundlagen. Dies sind bei der Krankenversicherung der Tagesbeitragssatz, in der Rentenversicherung das Bruttoarbeitsentgelt und in der Arbeitslosenversicherung das tägliche Arbeitslosengeld.

Der Mehrbedarf für Zuweisungen und Zuschüsse beträgt 140,985 Millionen DM. Hiervon entfallen

138,540 Millionen DM

auf Leistungen des Bundes nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (Titelgruppe), weil sich das Durchschnittseinkommen der Wehrpflichtigen vor ihrer Einberufung erhöht hat und der Verheiratenanteil gestiegen ist. Außerdem werden auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes vom 8. Mai 1973 verbesserte Leistungen wirksam,

2,800 Millionen DM

auf Leistungen des Bundes für Bundeswehr-Urlaubsfahrkarten (Tit. 671 02) auf Grund Erhöhung der Pauschale durch die Deutsche Bundesbahn.

Drei weitere Titel liegen insgesamt um 0,355 Millionen DM niedriger als im Jahre 1972.

Auf Grund der Beratungen beschloß der Ausschuß, den Ansatz für die Nachversicherungsbeiträge (Tit. 423 03) wegen des Absinkens der Ausscheidungsfälle auf Grund vermehrter Weiterverpflichtungen im Jahre 1972 um 52,0 Millionen DM zu kürzen und diesen Betrag wie folgt zu verlagern:

20,6 Millionen DM

auf Tit. 453 03 — Familienheimfahrten der Wehrsoldempfänger —

Grund: Tarifierhöhungen der Deutschen Bundesbahn und vermehrte Inanspruchnahme von Fahrscheinen für längere Entfernungen

5,0 Millionen DM

auf Tit. 671 01 — Leistungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz —

Grund: Einbeziehung der Umlage für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in die Beitragsbemessung und Erhöhung der Zahl der Erstattungsanträge auf Grund Umstellung auf W 15.

38,877 Millionen DM

auf die Titelgruppe „Sozialversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge“

Grund: Erhöhung der Bemessungsgrundlagen und Bezugsgrößen.

Demgegenüber wurde der Ansatz für die Allgemeinen Leistungen (Tit. 643 21) nach dem Unterhaltssicherungsgesetz um 12,478 Millionen DM gesenkt, weil das Gesetz zur Änderung des Unter-

haltssicherungsgesetzes vom 8. Mai 1973 haushaltswirksam erst ab 1. April 1973 in Kraft tritt.

Den restlichen Titeln des Kapitels wurde zugestimmt. Somit schließt das Kapitel mit Ausgaben in Höhe von 1 659,572 Millionen DM ab; das sind 1 000 DM weniger als im Regierungsentwurf.

Schlußbetrachtung

Die Berichterstatter haben den Regierungsentwurf des Einzelplans 14 für das Haushaltsjahr 1973 auch in diesem Jahr wieder mit den Vertretern der Bundesministerien der Verteidigung und der Finanzen im Beisein von Vertretern des Bundesrechnungshofes eingehend vorberaten. Diesen Beratungen kam wegen des Umfangs, der Bedeutung und der notwendigen Gesamtbetrachtung des Verteidigungshaushalts innerhalb des Bundeshaushalts besondere Bedeutung zu. Dabei mußten die Berichterstatter einmal die konjunktur- und finanzpolitischen Aspekte des Bundeshaushalts 1973, zum anderen aber auch die Notwendigkeit der Erhaltung von Einsatzbereitschaft und Kampfkraft der Bundeswehr im Rahmen des Atlantischen Bündnisses berücksichtigen. Die von der Bundesregierung für die Bundeswehr vorgesehene Erhöhung der Mittel um 2 054 Millionen DM war daher im wesentlichen anzuerkennen.

Der Haushaltsausschuß hat unter diesen Gesichtspunkten die Ansätze des Verteidigungshaushalts nochmals eingehend geprüft. Er hat die von ihm für vertretbar gehaltenen Einsparungen vorgenommen. Andererseits mußte auch er in einigen Fällen die Notwendigkeit anerkennen, Ansätze nach den neuesten Erkenntnissen anzuheben. Dennoch sind Einsparungen in Höhe von 129,4 Millionen DM erzielt worden.

Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses erhöhen die Einnahmen des Bundes um 15 120 000 DM und entlasten ihn andererseits durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt um 129 429 100 DM.

Die Berichterstatter schlagen dem Hohen Hause vor, den Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung — für das Haushaltsjahr 1973 mit

Gesamteinnahmen von 488 877 000 DM

Gesamtausgaben von 26 423 300 900 DM

und

Verpflichtungsermächtigungen

in Höhe von 9 436 654 000 DM

festzustellen.

Bonn, den 14. Juni 1973

Hauser (Bonn-Bad Godesberg)

Haase (Kassel)

Berichterstatter